

Lübeck, 21.08.2017

Anfrage

Bearbeitung: Susanne Schaefer (E-Mail: schaefer@cdu-fraktion-luebeck.de Telefon: 122-1061)

CDU - Anfrage von AM Nil Gersdorf: Schwarzmarkt für Wohnungen

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
05.09.2017	Ausschuss für Soziales	Öffentlich	zur Anhörung

Anfrage:

In einer Studie am Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung" (BIM) haben Wissenschaftler untersucht: Welchen Zugang haben Asylbewerber zum Wohnungsmarkt? Dabei berichten die Autoren der Studie laut Zeit Online vom 13. Juli 2017 aber auch viele Flüchtlinge von einem regelrechten Schwarzmarkt. Sie erzählen von Maklergebühren und ähnlichem.

Sind der Lübecker Verwaltung Fälle von illegaler Wohnungsvermittlung gegen horrenden Gebühren an Asylbewerbern bekannt? Gibt es einen Schwarzmarkt für Wohnungen in der Hansestadt?

Welche Maßnahmen werden unternommen, damit es nicht zu einer Abzocke von Asylsuchenden kommt? Welche Maßnahmen werden gegen einen Schwarzmarkt im Bereich der Wohnungsvermittlung unternommen? Wie verfährt die Verwaltung, wenn sie von derartigen Fällen hört?

Wie lange dauert es zurzeit in der Hansestadt maximal bis ein Asylsuchender in eine eigene Wohnung ziehen kann?

Wie viele Wohnungen stehen zurzeit in der Hansestadt für Asylsuchende zur Verfügung? Für wie viele Asylsuchende wird „Wohngeld“ gezahlt?

Mit welchen Wohnungsunternehmen / Vermietern gibt es Übereinkünfte zur Bereitstellung von Wohnungen für Asylsuchende?

Bitte um schriftliche Beantwortung.

Begründung:

Anlagen :